
Sozialistische Perspektiven von heute

Eduard März

Ich wurde von den Herausgebern dieser Zeitschrift gebeten, manche der Ideen zu diesem Thema, die meine Frau Marika und ich im Rahmen eines Arbeitskreises der „Kritischen Wähler“ vor einigen Monaten ventiliert hatten, zu Papier zu bringen. Da Marika am 3. Juni d. J. völlig unerwartet gestorben ist, bin ich nicht legitimiert, so etwas wie eine konzertierte Meinung hier abzugeben. Aber die Teilnehmer an der erwähnten Diskussion werden sicherlich bestätigen können, daß die folgenden Ausführungen nicht unwesentlich von den Ideen und der Art des Herangehens an die hier behandelte Problematik meiner verewigten Frau beeinflußt worden sind.

Ich soll über die Mittel und Wege sprechen, vermittels derer die sozialistische Idee verwirklicht oder der Verwirklichung näher gebracht werden kann. Aber die Konzeption einer sozialistischen Strategie erscheint nur dann sinnvoll, wenn man ein einigermaßen klares Bild über das angestrebte Ziel besitzt. Besitzen wir heute ein einigermaßen klares Bild von der Gesellschaftsform, die wir anstreben, in Anbetracht des Umstandes, daß der Wohlfahrtsstaat des Westens und der „Reale Sozialismus“ des Ostens sich in einer akuten Krise befinden? Müssen wir nicht gleich zu Anfang feststellen, daß die Leitbilder von gestern obsolet oder jedenfalls problematisch geworden sind?

Vom „Realen Sozialismus“ soll hier nicht weiter die Rede sein; er ist für unser Thema nur insoferne von Interesse, als er durch seine inhumane Praxis zur Diffamierung jedweder Form sozialistischer Lebensäußerung entscheidend beigetragen hat. Wir wollen uns im folgenden mit der gleichsam hausgemachten Krise des westeuropäischen Wohlfahrtsstaates und der vieldiskutierten Frage ihrer Überwindung beschäftigen. Aber zunächst sei auf ein weitverbreitetes Mißverständnis aufmerksam gemacht.

Manche der jüngeren Sozialisten neigen dazu, die Quintessenz des Sozialismus in der Beachtung und weitgehenden Realisierung dreier Kriterien zu sehen: Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Mitbestimmung auf allen Ebenen der betrieblichen und überbetrieblichen Willensbildung. In neuerer Zeit ist allerdings die Ideologie des Wohlfahrtsstaats um drei weitere Dimensionen nicht unwesentlich ergänzt worden: Umweltschutz, Frauenemanzipation und Antiatombewegung. Man muß hinzufügen, daß eine nicht unbeträchtliche und wachsende Zahl junger Menschen sich den letzteren Zielen verschreibt, ohne deren Integration in einen größeren gesellschaftspolitischen Rahmen anzustreben. Auch dieser Umstand reflektiert die tiefe Krise des wohlfahrtsstaatlichen Denkens.

Noch eine zweite Vorbemerkung sei gestattet: Keine der großen sozialistischen Parteien Europas hat in ihren Programmen den Wohlfahrtsstaat als das „gelobte Land“ ihrer reformerischen Bestrebungen festgeschrieben. Vielmehr streben alle einen Zustand an, der – in mehr oder weniger bewußter Anlehnung an die Vorstellungen der sozialistischen Klassiker – charakterisiert sein soll durch die direkte, planmäßige und kollektive Kontrolle der Produktivkräfte. Auch heute, nach Jahrzehnten der von Hayek, Friedman, Kristol u. a. geführten konservativen „Gegenrevolution“ ist der Fetischismus des Marktes kein Bestandteil der sozialistischen Ideologie geworden.

Aber sozialistische Programme von heute sind stärker gekennzeichnet durch das Festhalten an dem Primat der demokratischen Willensbildung als ähnliche Manifeste der Vergangenheit. Die Lenkung und Planung des Wirtschaftsapparates muß Organen unterworfen werden, die ihren Auftrag von keinem anderen Souverän erhalten als von der aus *freien Wahlen* hervorgegangenen Regierung. Allerdings ist das alte Demokratiemodell durch Institutionen der partizipatorischen Willensbildung nicht unwesentlich erweitert worden. Es entsteht so ein Spannungsfeld der Führung von oben und der Kontrolle von unten, das nur im Wege eines kontinuierlichen Dialogs zu einer schöpferischen Synthese führen kann. Demokratie ist nicht nur Diskussion, sondern die aus der Diskussion resultierende Harmonisierung des Meinungspluralismus.

Der moderne Wohlfahrtsstaat, der bloß eine „veredelte“ Form der kapitalistischen Marktwirtschaft ist, entspricht weder den alten, noch den neueren Vorstellungen von einem sozialistischen Millennium. Zudem erscheint seine Existenz immer wieder in Frage gestellt durch die Konvulsionen der Weltkonjunktur. In jüngster Zeit sind wir Zeugen des tragischen Schauspiels geworden, daß sozialistische Politiker wie Mitterand, Palme und der frühere deutsche Kanzler Helmut Schmidt gezwungen waren, Hand anzulegen an sozialen Errungenschaften vergangener Jahre. Da es in der öffentlichen Meinung zu einer Identifizierung von Wohlfahrtsstaat und Sozialismus gekommen ist – nicht ohne Zutun seitens sozialistischer Politiker, wie hinzugefügt werden muß –, erscheint die heute vor sich gehende Demontage der sozialistischen Leistungen nicht als ein Krisensymptom des Kapitalismus, sondern als

Bankrott der sozialistischen Ideenwelt. Dies ist die tiefere Ursache für den Triumph der Thatcher, Kohl und Genossen.

Wir haben in Österreich den Versuch gemacht, uns von der rauen Wirklichkeit der kapitalistischen Konjunktur einigermaßen abzukapseln. Der Regierung Kreisky ist es bekanntlich durch mehrere Jahre gelungen, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von den Grenzen Österreichs – beinahe – abzuhalten. Die Fiktion von einer „Insel der Seligen“ konnte so nur für eine begrenzte Zeit erfolgreich aufrechterhalten werden. Auch wir sind heute gezwungen, nicht minder wie Mitterand, Palme und andere sozialistische Politiker, uns der Logik der kapitalistischen Marktwirtschaft zu beugen – mit der Konsequenz der Diskreditierung sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in weiten Kreisen der österreichischen Öffentlichkeit.

Können wir aus diesem Teufelskreis ausbrechen, indem wir uns auf die alten Ideale besinnen und eine sozusagen „kopernikanische“ Wende unserer Politik herbeiführen. Wir würden vor einem solchen radikalen Bruch mit der bisherigen Politik aus mindestens drei Gründen eindringlich warnen:

- Erstens ist ein österreichischer Alleingang dieser Art völlig undenkbar. Otto Bauer hat eine sozialistische Alternative im Frühjahr 1919 sehr ernsthaft erwogen, aber schließlich gemeint, daß Österreich nur im Bündnis mit dem hochindustrialisierten Deutschen Reich eine reelle Chance hätte, ein sozialistisches Gesellschaftsmodell mit Erfolg zu praktizieren. Heute, da Österreich weit stärker in die Weltwirtschaft eingebunden ist als zu Beginn der Ersten Republik, wäre ein solcher „großer Sprung nach vorne“, selbst im Verein mit der benachbarten Bundesrepublik, mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt.
- Zweitens bestehen, wie offen eingestanden werden muß, für einen österreichischen Alleingang auch keine fundierten *theoretischen* Voraussetzungen. Sozialistische Wirtschaftstheoretiker sind sich heute darüber im klaren, daß eine optimal funktionierende sozialistische Wirtschaftsordnung Plan und Markt miteinander zu verbinden hätte, wobei das Mischungsverhältnis der beiden Steuerungssysteme im Wege eines langwierigen Prozesses von „trial and error“ etabliert werden müßte.
- Drittens könnte auch ein so konzipiertes sozialistisches Experiment nicht im Rahmen eines oder mehrerer europäischer Länder, sondern nur im Maßstab eines Kleineuropas, das eine größere Zahl der westlichen Industrieregionen umfassen müßte, mit einer realen Erfolgchance in Angriff genommen werden. Aber aus den Niederlagen und Demütigungen dieses zu Ende gehenden Jahrhunderts sollten wir Sozialisten die Lehre gezogen haben, daß wir unsere Hoffnungen nicht auf das Eintreten des großen Kladderadatsch gründen dürfen, der – paradoxerweise – weit eher den nihilistischen, pseudo-patriotischen und faschistischen Gruppierungen als den rational argumentierenden, fortschrittlichen Kräften einen günstigen Boden bereitet.

Die europäischen Sozialisten befinden sich wieder einmal in der tristen, kompromittierenden Position, den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielen zu müssen. Aber im Gegensatz zu Hilferding und Bauer, die kein klares krisentherapeutisches Konzept besaßen – Bauer formulierte sein bekanntes Arbeitsbeschaffungsprogramm, als die Sozialdemokratie bereits am Rande der Katastrophe stand –, können die sozialistischen Parteien von heute auf Jahrzehnte praktischer und erfolgreicher Wirtschaftspolitik zurückblicken. Unter der Etikette „Austro-Keynesianismus“ ist die vielleicht bewährteste Variante sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik bekannt geworden.

Es genügt, auf die wichtigsten Instrumente der austro-keynesianischen Wirtschaftspolitik kurz hinzuweisen: Es ist dies eine aktive, auf die Bekämpfung rezessiver Einflüsse gerichtete Budgetpolitik; es ist ferner eine Währungspolitik, deren wichtigste Aufgabe in der Dämpfung inflationsfördernder Faktoren, insbesondere solcher aus dem Auslande, besteht; und es ist schließlich eine produktivitätsorientierte Einkommenspolitik, die die Zunahme von Lohn- und Kapitaleinkommen vom Wachstum des gesamten Sozialprodukts abhängig macht. Die Werkzeugkiste des Austro-Keynesianismus enthält allerdings auch einige „Hilfsgeräte“, die in Kombination mit den oben genannten Instrumenten fallweise zum Einsatz kommen: von diesen seien besonders hervorgehoben eine Politik des niedrigen Zinsfußes und eine auf die Hebung der Investitionstätigkeit gerichtete Steuer- und Subventionspolitik.

In jüngster Zeit hat man insbesondere der zuletzt angeführten Maßnahme steigende Bedeutung beigemessen. Aber es hat sich zugleich eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit der bisher geübten „Gießkannenpraxis“ bemerkbar gemacht. So wertvoll sich die einzelwirtschaftliche Initiative bei der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren erweisen kann, so notwendig erscheint es – in Anbetracht der Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel – innovatorische Bemühungen mit Hilfe neuartiger Formen der Kooperation in bestimmte Richtungen zu kanalisieren. Peter Glotz hat diesen Punkt in seinem neuesten Buch „Die Arbeit der Zuspitzung“ besonders unterstrichen:

„Zu einem erfolgversprechenden industriepolitischen Konzept gehört allerdings die Erkenntnis, daß der Prozeß der Innovation nicht ohne die Gewerkschaften stattfinden kann. Wer die dritte industrielle Revolution ohne die Aufklärungs- und Vermittlungskompetenz der Gewerkschaften durchsetzen will, ist ein Narr und wird nichts anderes provozieren als moderne Weber-Aufstände. Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften müssen neue Methoden der Kooperation erproben, wobei ich eher auf unbürokratische und informelle Verfahren setze als auf die Institutionalisierung schwer beweglicher Strukturräte.“ (S. 131/132)

Der hohe Stellenwert, der der Industrie-, Innovations- und Strukturpolitik in einer auf Vollbeschäftigung und Wachstum abzielenden Wirtschaftspolitik zukommt, wird in dem Buch von Peter Glotz, und

nicht bloß in der oben zitierten Stelle, sehr klar und, wie ich glaube, auch überzeugend herausgearbeitet. Im Mittelpunkt einer keynesianischen Wirtschaftspolitik – und auch, wie betont werden muß, einer über das eng gesteckte Ziel der Vollbeschäftigung hinausgehenden sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik –, steht so das klare Bekenntnis zu einer moderaten Wachstumsphilosophie und die ebenso klare Absage an eine vom Club of Rome oder von sozialdemokratischen Vorstellungen inspirierte Stagnationsmentalität.

Die Bejahung einer auf Wachstum orientierten Wirtschaftspolitik ist natürlich kein Glaubensartikel, sondern bedarf in einer Zeit der akuten Bedrohung unserer Umwelt durch eine zügellose, nur dem Profitstreben verschriebene Industriegesinnung einer plausiblen Begründung. Es gibt mehrere, m. E. zwingende Gründe, die derzeit für ein Festhalten an einer gemäßigten, wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik sprechen:

- Erstens ist eine wachsende Wirtschaft, solange wir unter den Bedingungen eines kapitalistischen Weltmarktes produzieren – was vermutlich noch durch geraume Zeit der Fall sein wird –, ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Garant für eine günstige Beschäftigungslage.
- Zweitens sind viele unserer wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen auf der Prämisse einer expandierenden Ökonomie aufgebaut.
- Drittens sind die gewaltigen Umschichtungen auf dem Arbeitsmarkt, die im Gefolge des rasanten technischen Fortschritts eintreten, in einer wachsenden Wirtschaft leichter zu bewältigen als in einer stagnierenden oder gar schrumpfenden.
- Viertens ist eine wachsende Wirtschaft die wichtigste Voraussetzung für die Hebung des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten, die bisher Zaungäste unserer „Gesellschaft des Überflusses“ geblieben sind.
- Fünftens gilt die gleiche Bedingung auch für eine wirksame Entwicklungshilfe für die Länder der Dritten und Vierten Welt. Eine expandierende westliche Wirtschaft wird den unterentwickelten Regionen der Welt materiellen Beistand *direkt*, durch entsprechende Kapitalzuwendungen, und indirekt, durch eine liberale Außenhandelspraxis, gewähren können.

Es folgt aus dem bisher Gesagten, daß hier nur von einer Wachstumspolitik die Rede sein kann, die den Erfordernissen des Umweltschutzes in optimaler Weise Rechnung trägt. Mit anderen Worten: die oben beschriebenen keynesianischen „Instrumente“ müssen von flankierenden Maßnahmen begleitet sein, die geeignet sind, ein umweltfreundliches Verhalten von Industrie, Energiewirtschaft und Landwirtschaft zu fördern oder notfalls auch zu erzwingen. Es ist jedoch klar, daß viele Maßnahmen dieser Art *nicht* von einem einzelnen Land in „splendid isolation“ getroffen werden können, sondern aus Gründen der Erhaltung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit nur auf der Basis konzertierter, zwischenstaatlicher Abkommen realisierbar sind.

Die Notwendigkeit, den zwischenstaatlichen Konsens herzustellen,

gilt freilich nicht allein für Fragen des Umweltschutzes. Wie oben bereits angedeutet, kann heute eine konsequente, auf Vollbeschäftigung und Wachstum abzielende neo-keynesianische Wirtschaftspolitik nur im Rahmen eines „Klein-Europas“ mit Erfolg praktiziert werden. Wie Österreich unter Bruno Kreisky und nachher Frankreich unter Francois Mitterrand resigniert feststellen mußten, ist jeder *isolierte* Versuch des Ausbrechens aus dem fehlerhaften Kreislauf der Weltkonjunktur früher oder später zum Scheitern verurteilt. Eine qualitativ neue Situation ist jedoch gegeben, wenn ein Großteil der europäischen Industrieregionen sich gleichsam *simultan* auf eine ökonomische Lokomotivfunktion besinnt.

Bevor ich auf diesen Punkt näher eingehe, möchte ich aber vor einem Mißverständnis warnen. Unter „Klein-Europa“ verstehe ich hier *nicht* den konservativen großbourgeoisen Club, der unter dem Namen „Europäische Gemeinschaft“ seit Jahr und Tag eine Politik der mühsamen Verkleisterung nationaler Gegensätze und der Konservierung überalterter ökonomischer Strukturen betreibt. Die Europäische Gemeinschaft in ihrer *heutigen* Form erscheint mir als ein wahres Zerrbild einer auf die Überwindung nationaler Zersplitterung und auf die Verwirklichung übernationaler Ideale gerichteten Vereinigung der europäischen Völker.

Die Initiative zu einer solchen *bona fide* Vereinigung der europäischen Völker kann m. E. heute nur von der in der Sozialistischen Internationale vereinigten Parteien und ihren möglichen bürgerlichen Bündnispartnern ausgehen. Nur diese sind potentiell in der Lage, eine von der Vision eines vereinigten Europas inspirierten Politik in die Wege zu leiten, da sie von Kräften motiviert werden, bei denen der Glaube an ein expandierendes progressives und den Herausforderungen des stürmischen technischen Fortschritts aufgeschlossenes Europa lebendig geblieben ist.

Dem Zusammenschluß der Völker im Sinne eines solchen Credo muß kein formales Programm zugrunde liegen. Es genügt, daß jedes Land, oder jede Industrieregion, sich der Notwendigkeit eines genuinen Beitrags zu einer Politik des Wachstums und der Vollbeschäftigung, bei gleichzeitiger Beachtung der einkommenspolitischen Auflagen und Beschränkungen, bewußt ist. Aber der nationalen Autonomie sind in zweierlei Hinsicht Grenzen gesetzt: Erstens muß die Ausweitung der nationalen Haushalte im gesamteuropäischen Gleichschritt erfolgen, damit es nicht zu erheblichen Störungen in den außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten kommt; und zweitens müßten von Anfang an die Weichen für die Inangriffnahme einer Reihe von gesamteuropäischen Projekten gestellt werden. Der letztere Punkt erfordert ein paar Worte der Erklärung.

Europa ist ein wissenschaftliches und technologisches Hoffungsgebiet, das zweifellos in der Lage ist, à la longue mit den USA und Japan gleichzuziehen. Nirgends gibt es eine solche Vielfalt von Institutionen und eine solche Konzentration von Wissenschaftlern, Personen des technischen Mittelbaues und Fachkräften wie in den großen europäi-

schen Industriezentren. Was Europa heute mangelt, sind Risikokapital, geeignete Formen der Kooperation und eine auf übernationaler Ebene konzipierte Forschungs- und Entwicklungspolitik, die insbesondere dem japanischen Beispiel nachgebildet werden müßte. Dies ist ein Aspekt, und vielleicht der wichtigste, einer künftigen gesamteuropäischen Zusammenarbeit.

Der zweite Aspekt ist vielleicht weniger spektakulär, aber, wie ich glaube, von eminenter Bedeutung. Ein von einer sozialistischen Koalition geführtes Kleineuropa müßte von Anfang an eine Reihe von Infrastruktur-Projekten in Angriff nehmen, deren wichtigste Schwerpunkte die Gebiete der Energieversorgung, des Verkehrswesens, des Umweltschutzes und nicht zuletzt des Erziehungs- und Bildungswesens sind. Ich werde auf den letzteren Punkt später zurückkommen.

Besteht eine konkrete Chance, daß die Parteien der Sozialistischen Internationale die hier skizzierte politische und ideologische Führungsrolle wahrnehmen werden? Niemand kann heute sagen, ob die Brandt, Kreisky und Palme bereit sind, eine gesamteuropäische Offensive dieser Art zu starten. Sozialistische Führer – und ich denke hier insbesondere an Mitterrand –, haben in der letzten Zeit eher dazu geneigt, der neo-konservativen Gegenströmung bedeutsame Konzessionen zu machen. Aber es sollte klar sein, daß Europa auf diesem Wege nur immer tiefer in den von Reagan, Thatcher, Kohl & Comp. bereiteten Morast versinken müßte. Es gilt insbesondere sich von dem derzeitigen erratischen und verantwortungslosen Wirtschaftskurs der Vereinigten Staaten abzukoppeln.

Wie ist es um die Aussichten für die Verwirklichung eines sozialistischen Klein-Europas bestellt? Da es in der ersten Aufbauphase nicht um die Realisierung alter, visionärer Zielsetzungen, sondern um die Wiederherstellung einer funktionsfähigen, gemischten Wirtschaft geht, die allerdings um eine neue, qualitative Dimension, nämlich der eines wirksamen Umweltschutzes, erweitert werden müßte, sollten es die sozialistischen Parteien nicht schwer finden, loyale Aktionspartner auch im bürgerlichen Lager zu finden. Die Bereitschaft zur Mitarbeit seitens der bürgerlichen Parteien wird natürlich von Land zu Land verschieden sein, aber man muß kein Prophet sein, um voraussagen zu können, daß in dem Maße als sich die weltweiten stagnativen Tendenzen verstärken, das Aktionsprogramm der sozialistischen Parteien an Überzeugungskraft und Attraktivität zunehmen muß.

Welches sind die Chancen, bürgerliche Kontrahenten für das oben skizzierte Programm in Österreich zu gewinnen? Österreichs Sozialisten regieren heute dank einem Abkommen mit einer bürgerlichen Zwergpartei, die aus den heterogensten Elementen zusammengesetzt ist. Dagegen scheint es mir, daß die Österreichische Volkspartei, das Sammelbecken von einer nicht unbedeutenden Zahl von Politikern ist, die von einem so starken sozialen Engagement geprägt sind, daß sie als Bundesgenossen und potentielle Koalitionspartner für ein Programm der Übertragung der Prinzipien des Austro-Keynesianismus auf die Ebene von Klein-Europa gewonnen werden könnten. Ich will hier keine

Personen nennen, um sie nicht zu Protesten zu provozieren, die von dem Bestreben getragen wären, ihre Machtposition innerhalb ihrer von divergierenden Interessengruppen beherrschten Partei zu behaupten. Aber die österreichischen Sozialisten müssen in Zukunft den Dialog mit diesen Politikern aufnehmen, um ein Bündnis auf der Basis des hier entworfenen Aktionsprogramms in den kommenden Jahren vorzubereiten.

Man erkennt, daß es nicht leicht sein wird, einen so beschaffenen Konsens auf der Ebene eines bestimmten Landes, oder gar auf der Ebene von Klein-Europa, herzustellen. Aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß der von den Reagan, Thatcher und Kohl verfolgte Wirtschaftskurs, der immer tiefer in die Krise und zu einer zunehmenden Polarisierung zwischen Reich und Arm führt, früher oder später gewaltige gesellschaftliche Abwehrreaktionen zur Folge haben wird. Es wird vor allem die Aufgabe der europäischen Sozialisten sein, eine neue „Volksfront“ ins Leben zu rufen, die sich der vergleichsweise bescheidenen Zielsetzung verschreibt, mit den oben beschriebenen neo-keynesianischen Methoden eine funktionsfähige klein-europäische Wirtschaft zu etablieren, die die traditionellen Ziele von Wachstum und Vollbeschäftigung mit den Erfordernissen einer stabilen Umwelt und einer auf einen möglichst sozialen Ausgleich bedachten Einkommenspolitik verbindet.

Der westeuropäische Sozialismus ist seit seinen frühen Anfängen von dem Axiom ausgegangen, daß die demokratische Staatsform der günstigste Boden für die Erkämpfung einer Gesellschaft der Freien und Gleichen sei. In Anbetracht des Umstandes, daß Sozialisten fast ein halbes Jahrhundert an dem Aufbau des europäischen Wohlfahrtsstaates in seinen verschiedenen nationalen Varianten maßgeblich beteiligt waren, muß heute die Demokratie in ihrer wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung als die geeignetste Plattform für alle weiteren, auf die Humanisierung unserer Gesellschaft gerichteten Bestrebungen angesehen werden. Ich habe bereits betont, daß die Wiederherstellung eines intakten, auf Vollbeschäftigung und Wachstum basierenden, Wohlfahrtsstaates das dringendste Anliegen einer im europäischen Maßstab agierenden Internationale sein müßte.

Aber die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wird sich auf Dauer nicht in das Prokrustesbett des Wohlfahrtsstaates einzwängen lassen. An der Schwelle zum Jahre 2000 angelangt, wird man freilich die klassische Formel „Demokratie plus Sozialisierung plus Planwirtschaft“ kaum noch als zielführende Richtschnur für unsere Strategie und Taktik in den kommenden Jahrzehnten gelten lassen können. Die Dritte Industrielle Revolution, die nun im vollen Gange ist, erheischt, daß wir dem stürmischen Wandel von Technik, Wirtschaft und Gesellschaftsstruktur auch in unseren künftigen Aktionsprogrammen vollauf Rechnung tragen. Und so stellt sich die Frage, welches die voraussichtlichen sozio-ökonomischen Veränderungen sind, denen wir gegen Ende dieses Jahrhunderts entgegengehen?!

Wir haben in den letzten drei Jahrzehnten beobachtet, wie die

österreichische Landwirtschaft bei steigender Produktivität einen stetig sinkenden Anteil an der Gesamtbeschäftigung zu verzeichnen hatte. Eine ähnliche Tendenz, wenn auch in einer weniger prononcierten Form, hat sich in den letzten Jahren auch in der Industrie angebahnt. Die auf der Mikroelektronik fußende Neuerungskswelle wird diesen Prozeß noch weiter beschleunigen, so daß auch der industrielle Sektor durch einen rasch sinkenden Anteil an der Zahl der Berufstätigen charakterisiert sein wird. Die Herabsetzung der Arbeitszeit wird diesen Trend zweifellos verlangsamen, aber nicht völlig kompensieren können.

Die weitgehende Automation der industriellen Produktion, die nun auch in Österreich Einzug hält, verändert zusehends Form und Inhalt der gesellschaftlichen Arbeit. Der Schwerpunkt der Fabriksarbeit verschiebt sich vom Betrieb ins Büro, von der Produktion in die wissenschaftliche, technische und organisatorische Vorbereitung und Planung der produktiven Tätigkeit. Aber auch innerhalb des Betriebes selbst weicht der unqualifizierte und angelernte Arbeiter immer mehr dem hochqualifizierten Facharbeiter, der kein „Anhängsel“ der Maschine ist, wie zur Zeit der Ersten Industriellen Revolution, sondern dessen Hauptaufgabe in der Kontrolle und Reparatur des elektronisch gesteuerten Prozeßablaufs besteht. Auf diese Weise wird die heute noch bestehende Kluft zwischen geistiger und manueller Arbeit allmählich aufgehoben, wobei der repräsentative Typ des elektronischen Zeitalters der „Angestellte“ wird, d. h. der planende, rechnende, den Arbeitsprozeß kontrollierende und seinen Rhythmus bestimmende geistige Arbeiter. Es gilt, wie dies André Gorz einmal ausgedrückt hat, Abschied von dem klassischen Vertreter des Maschinenzeitalters zu nehmen, vom Proletarier, der bekanntlich mit seinem starken Arm alle Räder zum Stillstand bringen konnte.

Es muß einer zweiten mächtigen gesellschaftlichen Strömung gedacht werden, die die Dominanz des Angestellten im Zeitalter der Dritten Industriellen Revolution zur Folge hat. Mit dem dramatischen Rückgang der Beschäftigung in den primären und sekundären Sektoren der Volkswirtschaft kommt es zu einer Verschiebung der großen Masse der arbeitenden Menschen in die verschiedenen Zweige des Dienstleistungssektors. Dieser wird zum großen Auffangbecken der durch den technischen Fortschritt freigesetzten Arbeitskräfte in Industrie und Landwirtschaft. Es scheint mir nicht unangebracht, ein Sozial- und Wirtschaftssystem, das seinen beschäftigungspolitischen Schwerpunkt in den Dienstleistungen besitzt, als „Dienstleistungsgesellschaft“ zu apostrophieren. Diese Bezeichnung ist sicherlich dem von Daniel Bell geprägten, verwaschenen Begriff der „postindustriellen Gesellschaft“ vorzuziehen.

Man kann diesen Prozeß des Übergangs von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, wie es sich zweifellos die Hayek, Friedman & Comp. vorstellen, den sogenannten „freien“ Kräften der Marktwirtschaft überlassen. Eine solche Politik, die auf eine Abstinenz von jeder bewußten Steuerung des oben angedeuteten Umschichtungspro-

zesses hinausläuft, würde natürlich gewaltige Friktionsverluste nach sich ziehen, deren hauptsächliche Leidtragende die von Industrie und Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte wären. Es ist klar, daß Sozialisten und Gewerkschafter einen solchen Kurs ihren erbitterten Widerstand entgegensetzen müßten.

Der Weg zur Dienstleistungsgesellschaft muß jedoch nicht mit den Nöten, Entbehrungen und Opfern der großen Massen gepflastert sein. Von der Basis eines mit neo-keynesianischen Methoden konsolidierten Kleineuropas ausgehend, wären Sozialisten und linksbürgerliche Koalitionspartner sehr wohl in der Lage, den systematischen Aufbau einer Dienstleistungsgesellschaft in Angriff zu nehmen, ohne der Bevölkerung unzumutbare Opfer aufzuerlegen. Dabei wären m. E. folgende Prinzipien zu beachten:

- Die Überführung von Arbeitskräften aus Industrie und Landwirtschaft in den Tertiärsektor müßte auf der Grundlage eines Konzepts oder Plans erfolgen, dem nach Möglichkeit eine europaweite Verständigung betreffend Tempo, Dimension und Struktur der zu treffenden Maßnahmen zugrunde liegen sollte.
- Die wichtigsten Zweige des systematisch auszubauenden Bereichs der Dienstleistungen sind das Erziehungs- und Bildungswesen, das Gesundheitswesen, die humane Betreuung von Alten, Invaliden und sonstigen Randgruppen unserer Gesellschaft und – last not least – der Kultur- und Sportsektor. Dem Erziehungs- und Bildungswesen müßte in einem solchen Programm ein besonders hoher Stellenwert zugebilligt werden.
- Dem insbesondere von den Gewerkschaften propagierten Programm der Arbeitszeitverkürzung ist ein Langzeitkonzept der Verlängerung der Schulzeit zur Seite zu stellen. Als erster Schritt müßte die Einführung der allgemeinen und obligaten zehnjährigen Schulzeit ins Auge gefaßt werden, die eventuell mit der Erreichung der sog. „kleinen Matura“ verbunden werden könnte. Den „kleinen“ Maturanten müßte grundsätzlich der Übertritt in die höheren Klassen einer Mittelschule offenstehen.
- Ferner muß der Ausbau des höheren Bildungswesens sowie die Förderung der universitären sowie außeruniversitären Forschung einen integrierenden Bestandteil eines auf die Bedürfnisse einer dynamischen Wirtschaft ausgerichteten Bildungspolitik bilden.

Man begegnet bei der Erörterung des letzten Punktes sehr oft dem Einwand, daß Österreich schon heute mit dem Problem einer „Akademikerschwemme“ konfrontiert sei und daß der weitere Ausbau des höheren Bildungswesens auf die Schranke der begrenzten Absorptionfähigkeit unserer Wirtschaft stößt. Aber es sollte nicht übersehen werden, daß wir hier von der Prämisse einer konsolidierten und expandierenden Wirtschaft ausgehen. Auch ist zu bedenken, daß der Anteil der Akademiker an der Gesamtzahl der Berufstätigen in Österreich noch immer nicht unwesentlich unter dem westeuropäischen Durchschnitt liegt. In der langen Perspektive werden jedoch alle Industrieländer, und nicht zuletzt auch Österreich, genötigt sein, ihr

Potential an wissenschaftlichen Fachkräften bedeutend zu erweitern.

In der Ära des Industriekapitalismus geht die Verbesserung der Produktionstechnik von dem „ununterbrochenen Fluß der Wissenschaft und Technik aus.“ (Marx, Kapital, MEW, Bd. 23, S. 631) Aber diese sind in der Frühzeit des Kapitalismus noch keine unabhängigen Elemente des Produktionsprozesses, sondern entwickeln sich gewöhnlich in engster Symbiose mit der tagtäglichen Praxis der Fabrikarbeit. Erst bei Erreichung eines höheren Entwicklungsstandes der Industrie kommt es zur „Verselbständigung“ von Wissenschaft und Technik, oder diese bilden, wie Marx dies ausdrückt, „eine von der gegebenen Größe des Gesamtkapitals unabhängige Potenz seiner Expansion.“ (MEW, Bd. 23, S. 632) In diesem Entwicklungsstadium kommt der hauptsächlichste Impuls zur technischen Neuerung nicht mehr von der Praxis, sondern von der vertieften theoretischen Einsicht in die technischen Grundlagen der Produktion, deren Träger das wissenschaftliche Personal der Universitäten und Forschungsinstitute ist. Dies ist nicht zuletzt deshalb der Fall, weil die „Verwissenschaftlichung“ des Arbeitsprozesses noch in den Anfängen steckt.

Aber in dem Maße, wie Industriezweige mit einem höheren technologischen Schwierigkeitsgrad (Maschinenbau, Elektroindustrie, Chemie usw.) den Schauplatz des industriellen Geschehens durchdringen, verringert sich die Kluft zwischen Wissenschaft und Praxis, was nicht zuletzt in einer zunehmenden Mobilität des wissenschaftlichen Personals zum Ausdruck kommt. Die Forschungstätigkeit wird nun immer häufiger direkt in den Betrieb verlegt, wodurch der Kommunikationsfluß zwischen Wissenschaft und Praxis mächtig angeregt wird. An einem gewissen Punkt der Entwicklung verschmelzen schließlich Theorie und Praxis zu einer Einheit. Damit ist, wie Marx es formuliert, „die Verwandlung des Produktionsprozesses in technologische Anwendung der Wissenschaft vollzogen.“ (MEW, Bd. 23, S. 652)

Die Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses drückt sich in einer Reihe von Erscheinungen aus, von denen wir hier besonders die folgenden drei hervorheben wollen:

- Die Zahl der an den Universitäten, Laboratorien und sonstigen wissenschaftlichen Institutionen beschäftigten Personen steigt in allen Industrieländern mit zunehmender Schnelligkeit. Schon heute sind weltweit so viele Wissenschaftler und wissenschaftliche Hilfskräfte tätig wie in allen vorangegangenen Jahrhunderten zusammen genommen. Man schätzt, daß im nächsten halben Jahrhundert etwa 15 bis 20 Prozent der Berufstätigen im Bereich der Wissenschaft, als Lehrer, Forscher und Hilfskräfte, aktiv sein werden.
- In den Vereinigten Staaten werden heute etwa drei Prozent des gesamten Sozialprodukts (BNP) für *Entwicklung und Forschung* aufgewandt. Japan, die Bundesrepublik und andere große Industrienationen folgen den USA mit geringerem oder größerem Abstand. Österreich gehört noch immer zu den Ländern mit einer relativ bescheidenen Investitionsquote auf diesem für unsere künftige Weltgeltung entscheidenden Gebiete. Es ist klar, daß der Anteil von

Entwicklung und Forschung am Sozialprodukt in den kommenden Jahren sprunghaft ansteigen wird und daß auch Österreich gezwungen sein wird, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen.

- Der überaus rasche Fortschritt von Wissenschaft und technologischer Anwendung der Wissenschaft erfordert eine völlig neue Berufseinstellung. Jeder Berufstätige, ob Wissenschaftler, wissenschaftliche Hilfskraft oder qualifizierter und angelernter Arbeiter, wird in Zukunft bereit sein müssen, seinen Wissensstand dem raschen Wandel der Zeit anzupassen. Dies wird sich in zweifacher Hinsicht auswirken: erstens wird es, wie bereits oben vermerkt, zur Verlängerung der Schulzeit kommen und zweitens wird das Berufsleben im Zeichen eines kontinuierlichen Nach- und Umschulungsprozesses stehen. Die sog. „éducation permanente“ wird m. E. das hervorstechende Merkmal unserer zukünftigen Erziehungsphilosophie sein.

Es sollte nun klar sein, warum wir dem Erziehungs- und Bildungswesen in der kommenden Dienstleistungsgesellschaft einen besonders hohen Stellenwert zuerkennen werden. Der Mensch von morgen wird schon in seiner Kindheit sich eine wichtige geistige Disposition aneignen müssen – die Bereitschaft, ständig neues Wissensgut aufzunehmen und zu verarbeiten. Aber mit dieser, wie ich glaube, selbstverständlichen Feststellung sei eine deutliche Warnung verbunden. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir – unter dem Eindruck der rasanten technischen Entwicklung – unser altes humanistisches Bildungsideal aufgeben würden und dazu übergehen sollten, einseitige Bildungsidioten auszubilden. Unsere Schulen müssen in Zukunft mehr denn je bemüht sein, den vielseitig orientierten Menschen ins Leben zu entlassen, – und nicht den „reinen“ Naturwissenschaftler, den „reinen“ Techniker, den „reinen“ Sprachwissenschaftler usw. Leo Trotzki hat einmal gemeint, daß der durchschnittliche Mensch einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft sich auf das Niveau eines Aristoteles, Goethe und Marx erheben wird. Ich bin in dieser Hinsicht nicht ganz so optimistisch wie Trotzki, aber ich möchte seine Aussage dahin modifizieren, daß wir unsere Bildungspolitik auf die Hervorbringung des „homo universalis“ ausrichten müssen.

Ich habe oben darauf hingewiesen, daß wir unseren Demokratiebegriff um die „partizipatorische“ Komponente erweitert haben. Die alte Engelssche These vom „Absterben des Staates“ ist heute in dem Sinne zu verstehen, daß wir die öffentlichen Strukturen nicht beseitigen, sondern mit demokratischem Leben erfüllen wollen. Dies scheint mir auch die wichtigste Erkenntnis des jüngsten sozialistischen Parteiprogramms zu sein, wiewohl bedauernd hinzugefügt werden muß, daß seither wenig unternommen worden ist, um solchen Grundsätzen in Partei und Gewerkschaft, also sozusagen im eigenen Hinterhof, zur größeren Geltung zu verhelfen. Jedenfalls sollte klar sein, daß der Träger der partizipatorischen Demokratie nicht der Bildungsidiot, sondern nur der allseitig gebildete, humanistisch orientierte Staatsbürger sein kann. Daß wir noch zu wenige Menschen dieser Gattung

besitzen, hat der demagogische Mißbrauch der partizipatorischen Institutionen in den letzten Jahren nur allzu deutlich gezeigt.

Demokratische Institutionen und ein funktionsfähiger, mit neo-keynesianischen Methoden operierender Wohlfahrtsstaat sind die Prämisse, von der wir, wie bereits betont, beim Aufbau einer Gesellschaft der Freien und Gleichen ausgehen wollen. Welches Gewicht, so müssen wir uns fragen, kommt heute zwei weiteren sozialistischen Zielvorstellungen zu, nämlich der Sozialisierung der Produktionsmittel und des planwirtschaftlichen Einsatzes von Kapital und Arbeit?

Im jüngsten Parteiprogramm wird der weiteren Übernahme von Industriebetrieben in öffentliches Eigentum nur untergeordnete Bedeutung beigemessen. Der Hauptakzent des Programms liegt bekanntlich bei der „Beeinflussung der Entscheidungsverhältnisse“, wobei den Autoren zweifellos der Ausbau sozialpartnerschaftlicher Entscheidungsgremien vorschwebt. Wie weit sich ein solches Konzept auch außerhalb der Grenzen Österreichs verwirklichen läßt, soll hier dahingestellt bleiben.

Mir erscheint aus zwei anderen, im Parteiprogramm ungenannten Gründen die Sozialisierungsfrage weniger brisant als etwa zur Zeit eines Bauer oder Renner: Erstens werden heute bedeutende, allerdings von Land zu Land unterschiedliche, Teile der Wirtschaft vom Staat oder von anderen Gebietskörperschaften verwaltet. Die zunehmend kritische Entwicklung der sog. alten Industrien aktualisiert zudem aufs neue die Frage der Verstaatlichung, auch wenn Margaret Thatcher und andere geistesverwandte Politiker sich dieser Entwicklung verzweifelt entgegenstemmen. Zweitens geht die Beschäftigung, wie oben bereits dargelegt wurde, relativ und in weiterer Sicht auch absolut im Sekundärsektor zurück, so daß der Großteil der Berufstätigen sich immer mehr zu den verschiedenen Zweigen des Dienstleistungssektors verlagert. Der Staat, der schon heute der bedeutendste Arbeitgeber ist, erwirbt damit gleichsam zwangsläufig eine Position auf dem Arbeitsmarkt, die man schlechterdings als dominierend bezeichnen muß. Eine solche Konstellation bahnt sich zweifellos in den nächsten zwei Jahrzehnten an.

Ich habe oben auf die heikle Frage der *Dosierung* von marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten hingewiesen. Mit der zunehmenden staatlichen Aktivität im Dienstleistungssektor, die durch die hypertrophe Entwicklung einzelner seiner Zweige (siehe oben) bedingt ist, muß der marktwirtschaftliche Bereich der Volkswirtschaft immer mehr ins Schlepptau des planwirtschaftlichen Bereiches kommen. Letztendlich wird die Dynamik einer Volkswirtschaft von den öffentlichen Ausgaben für die systematische Förderung des „human capital“ abhängen, um mich des heute geläufigen, verdinglichten Begriffs von kreativer wissenschaftlicher Tätigkeit zu bedienen.

Diese m. E. unabwendbare Entwicklung in Richtung eines für weite Schlüsselbereiche der Volkswirtschaft zuständigen Staates mag vielen als eine Horrorvision erscheinen. In der Tat, der omnipotente Staat des Ostens hat nicht die Entfesselung der menschlichen Kreativität

bewirkt, sondern die wachsende Apathie und Entfremdung breiter Teile der Bevölkerung. Zeichnet sich nun eine ähnliche Entwicklung auch im Westen in den kommenden Jahrzehnten ab?

Niemand wird die *Möglichkeit* einer solchen Entwicklung leugnen können. Machtbewußte, hierarchisch geordnete Bürokratien neigen dazu, sich Privilegien zu arrogieren und sich gegen eine Kontrolle von „unten“ durch institutionelle Barrieren abzuschirmen. Dieser Gefahr kann man nur dadurch begegnen, daß man Organe der Mitbestimmung auf *allen* Ebenen der politischen Willensbildung ins Leben ruft. Bruno Kreisky hat in einem Kommentar zum jüngsten Parteiprogramm von der Notwendigkeit der demokratischen Durchflutung aller gesellschaftlichen Sphären gesprochen. In der sich immer stärker herausbildenden Dienstleistungsgesellschaft wird die kontinuierliche und systematische Erweiterung unserer demokratischen Institutionen und Lebensformen der Garant dafür sein, daß wachsender Wohlstand mit größerer individueller Freiheit einhergeht, und umgekehrt, daß zunehmende Freiheit auch mit einem Plus an Wohlstand verbunden sein kann. Es scheint nicht überflüssig hinzuzufügen, daß gesellschaftlicher Wohlstand nicht notwendigerweise an der Zahl der konsumierbaren Güter, sondern weit eher an dem Ausmaß der verfügbaren Freizeit erkennbar und vielleicht auch meßbar ist. Um mit einem Wort von Karl Marx zu schließen: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach *jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.*“ (Das Kapital, Volksausgabe, Berlin 1949, Bd. III, S. 873)